

Werbung als Niedriglohnland innerhalb Deutschlands macht. Vor geraumer Zeit appellierte sogar eine EU-Kommissarin an die brandenburgische Regierung, sich endlich mehr um die Stärkung kleinerer und mittelständischer Unternehmen zu kümmern.

Solange sich Schlagzeilen der letzten Tage wie „Südbrandenburger Handwerk hofft auf mehr Binnennachfrage“ als fundamental wahr erweisen - das tun sie -, muss der Aufbau bzw. die Entwicklung der grenznahen Gebiete als gescheitert angesehen werden.

Wir wissen es: Ursache ist nicht allein die demografische Entwicklung, nein, es ist das über Jahre fehlende Aufblühen der Wirtschaft in der Grenzregion. Fakt ist: Nach wie vor sind junge Menschen, aber nicht nur junge Menschen, gezwungen, in der Ferne ihr Glück zu versuchen. Sie verlassen die Region. Nach wie vor konnte auch bei der Ansiedlung größerer Industrieunternehmen kein Durchbruch erzielt werden.

Leider stehen im Zeitraum 2007 bis 2013 dem Land für beide Operationellen Programme nur ca. 108 Millionen Euro aus dem Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung, was eine Absenkung von 32 Millionen Euro gegenüber dem früheren INTERREG III A bedeutet. Trotzdem und gerade deshalb müssen diese Mittel konzentriert und effektiv eingesetzt werden. Dabei steht für uns die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region an erster Stelle. Dazu zählen auch grenzüberschreitende Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur und der Umweltsituation und der Ausbau der grenzüberschreitenden Wirtschaftsverflechtung, insbesondere des Tourismus.

Für uns als DVU-Fraktion ist es selbstverständlich, dass die wenigen zurückfließenden Mittel von der EU so effektiv wie möglich abgerufen und eingesetzt werden. Wie bekannt sein dürfte, ist Polen mit nahezu 60 Milliarden Euro aus den Brüsseler Fördertöpfen zum größten Empfänger von EU-Strukturfondsmitteln in der neuen Förderperiode aufgerückt. Es ist auch bekannt, dass Deutschland mit jährlich 10 Milliarden netto Überzahlung der größte Finanzierer der EU ist. Wir sehen es mit Sorge und Abscheu, wenn quasi mit deutschen Steuergeldern in Deutschland ansässige Unternehmen Arbeitsplätze in Deutschland opfern, um sie nach Polen oder in andere Niedriglohn-EU-Länder zu verlagern.

Noch ein Wort zu der von der Linksfraktion geforderten Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Anfang nächsten Jahres. Ähnliche Forderungen gibt es ja auch seitens der SPD und der CDU. Sie wollen also allen Ernstes den Arbeitsmarkt für Polen und andere EU-Osteuropäer in Deutschland bzw. Brandenburg ohne Einschränkung vorzeitig öffnen? Es dürfte interessant werden, wie Sie das den Hunderttausenden Arbeitslosen der Region Berlin-Brandenburg und den Millionen Arbeitslosen in Deutschland erklären wollen.

Unsere DVU-Fraktion lehnt Ihre Pläne selbstverständlich ab und wird weiterhin konsequent für die Interessen deutscher Arbeitnehmer und Arbeitsloser eintreten. - Danke.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Riehstein.

Frau Riehstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da lacht doch das Herz jedes Europapolitikers, wenn wir an zwei aufeinanderfolgenden Plenartagen über Europa sprechen. Ich hoffe allerdings, dass das nicht von einigen Kollegen zum Anlass genommen wird, im weiteren Verlauf des Jahres geltend zu machen, dass wir über Europa doch schon im Januar gesprochen hätten und dass wir weitere Debatten doch zurückstellen könnten, sondern dass wir in diesem Hohen Hause sowie gerade mit den Bürgern unseres Landes - das ist das Wichtigste - noch sehr viele interessante und spannende Diskussionen über Europa haben werden.

(Beifall bei CDU und SPD sowie bei der Fraktion DIE LINKE)

Nun könnte die Frage gestellt werden, was an dem heutigen Beratungsgegenstand aktuell ist. Es gab zwar vor zehn Tagen den Brainstorming-Workshop in Genshagen. Letztendlich ist die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Polen für uns ein Verfassungsauftrag und mittlerweile schon Normalität und Alltag.

Frau Kaiser, Sie haben hier im Rahmen eines historischen Abrisses zu Recht dargelegt, dass wir eine sehr schwierige Geschichte mit Polen haben. Aber wir wissen auch, welche Verbesserungen seit dem Fall der Mauer und seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union eingetreten sind.

Es ist immer wieder Bezug genommen worden auf die Wirtschaftskonferenz im Jahre 2006. Ich möchte zeitlich noch ein bisschen weiter zurückgehen. Es gab deutsch-polnische Workshops, und zwar sehr erfolgreiche, nämlich schon im Jahre 2003, also zu einem Zeitpunkt, als Polen noch nicht Mitglied der Europäischen Union war. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an den Workshop erinnern, den wir am 12./13. März 2003 in Frankfurt (Oder) abgehalten haben, und zwar zusammen mit Partnern aus dem Lebusener Land und aus Westpomern. Schon damals haben wir sechs Schwerpunkte herausgearbeitet: Wirtschaftsförderung, Infrastruktur, soziokultureller Bereich, Bildung, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Sicherheit. Inzwischen hat sich einiges verändert. Gerade gestern haben wir ausführlich über die Sicherheit, über die Situation nach der Erweiterung des Schengenraums debattiert. Es ist richtig und wichtig, dass wir uns jetzt auf die Wirtschaft konzentrieren und dass es in diesem Sinne eine neue Initialzündung aufgrund der genannten Konferenz gibt.

Immerhin ist Polen unser größter europäischer Handelspartner. Der Export nach Polen macht mittlerweile 14,3 % aus. Der Wert der exportierten Waren belief sich im Jahre 2006 auf 1,36 Milliarden Euro. Hieran zeigt sich, dass das Umschwenken in der Wirtschaftspolitik notwendig war. Hieran zeigen sich auch die positiven Ergebnisse der erfolgreichen Politik unseres Wirtschaftsministers Ulrich Junghanns. Sie hat jetzt eine neue Qualität bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klocksin [SPD])

- Nein, Herr Klocksin, das waren meine Zettel, die mich eine Pause machen ließen, und nicht das Warten auf Applaus.

(Schulze [SPD]: Das stand nicht im Manuskript! - Zuruf des Abgeordneten Bischoff [SPD])

- Herr Bischoff, ich wusste nicht, dass Sie so zurückhaltend sind. Sie dürfen jederzeit Beifall spenden.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Wir haben nun eine neue Qualität in der Arbeit und uns auf einige Themen konzentriert. Wir haben zudem auch die Schar der Partner erweitert: Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, neuerdings auch Sachsen. Auch auf polnischer Seite ist eine Erweiterung zu verzeichnen: auf Großpolen, Schlesien und einige einzelne große Städte, die vorhanden sind. Natürlich hoffe ich auch, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg eventuell über diesen Weg noch besser werden könnte. Ich erinnere nur an die Zusammenlegung der Wirtschaftsförderung. Das wäre doch ein schöner Nebeneffekt, der sich hier erzielen ließe.

Was will die Fraktion DIE LINKE eigentlich mit ihrer heutigen Debatte erreichen? - Denn sie suggeriert uns, dass wir gerade am Beginn einer brandenburgisch-polnischen Zusammenarbeit stehen. Das ist falsch. Man hat das Gefühl, sie möchte neue administrative Gebilde errichten und alles instrumentalisieren, damit man schön wieder Bürokratie aufbaut. Vor allem aber habe ich das Gefühl, dass sie binnenpolitische Forderungen insbesondere mit europapolitischen Themen - diesbezüglich denke ich an die Mindestlohn-debatte und die Forderung nach der Arbeitnehmerfreizügigkeit - verknüpfen will.

Ich möchte sehr deutlich sagen, dass die CDU-Fraktion für eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen - nicht nur seitens der Exekutive - ist; denn wir dürfen nicht vergessen, wie viele entscheidende Initiativen es im Land gibt: ehrenamtlich, in den Schulen, in Städtepartnerschaften, überall dort, wo Menschen miteinander kommunizieren können.

Drei Fehler dürfen uns bei dieser Debatte allerdings nicht unterlaufen. Wir dürfen den Menschen nicht suggerieren, dass innerhalb sehr kurzer Zeit die Grenzregion ein prosperierender Bereich werden wird, wenn wir uns nur genügend anstrengen. Die Grenze, die ehemals auch EU-Außengrenze war, ist ein strukturschwacher Raum. Das wissen wir. Wir müssen viele Anstrengungen unternehmen, um das zu überwinden. Es wird jedoch nicht so sein - so ehrlich müssen wir sein -, dass die Grenzregion, die Oder-Region letztlich Boomtown Brandenburg-Polen sein wird. In diesem Bereich ist die Oder-Region ein Mosaikstein in der guten Zusammenarbeit. Wir haben aber genauso gute Beziehungen zu Masowien und zu anderen großen Wirtschaftsmetropolen in Polen. Die dürfen wir in dem Zusammenhang nicht zurücksetzen.

(Beifall des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Zudem dürfen wir keine neue Administration aufbauen; denn bei uns geht es streckenweise bürokratisch genug zu.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch die Landesregierung ermuntern, noch mehr Partner ins Boot zu holen. Die Euro-Regionen wurden diesbezüglich angesprochen. Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kaiser, würde ich nicht mehr Selbstständigkeit fordern. Die Euro-Regionen sind bereits eingetragene Vereine. Wir sind letztlich nur Partner und haben sie nicht am Gängelband.

Ich möchte die Landesregierung ermuntern, auch die Parlamente - die Landesparlamente, die Brandenburger Abgeordne-

te im Bundestag oder die Brandenburger Abgeordneten im Europaparlament - mehr einzubeziehen, und zwar nicht nur im Wege einer Berichterstattung, was geschehen ist, sondern auch im Vorfeld in der Beratung, was eventuell noch getan werden könnte; denn - das müssen wir in Betracht ziehen - in einer Partnerschaft geht es in erster Linie nicht darum, möglichst viel gemeinsam zu tun, sondern vielmehr darum, dass das, was gemeinsam getan wird, auch wahrhaftig miteinander geteilt werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung erhält der Ministerpräsident das Wort. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Platzeck:

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich beim Parlament bedanken, dass wir an zwei aufeinander folgenden Tagen über dieses für die Entwicklung und für das Leben in unserem Land wichtige und sogar essenzielle Thema sprechen dürfen. Zudem möchte ich an den gestrigen Tag anknüpfen; denn das, was wir heute besprechen, hängt mit dem, was wir gestern besprochen haben, sehr eng und unabdingbar zusammen.

Gestern wurde in verschiedenen Reden sehr eindrucksvoll geschildert, was die Grenze, die von hier aus in etwa einer Autostunde zu erreichen ist und die seit 1950 den schönen Namen „Friedensgrenze“ trug, war. Diese berühmte Brücke in Frankfurt, über die bereits nahezu jeder gegangen ist, hieß „Brücke der Freundschaft“. Das war jedoch mehr Wunschdenken. Das war eben nicht - Wolfgang Pohl hat es gestern sehr deutlich gesagt - die Realität. In Wirklichkeit war diese sogenannte Friedensgrenze eine der am besten bewachten Grenzen; zeitweise auch eine nur schwer oder kaum zu überwindende Grenze. Die „Brücke der Freundschaft“ - auch das sollten wir nicht vergessen, weil wir diese Zusammenhänge brauchen - wurde bis 1972 mit Stacheldraht gesichert, dann kurzzeitig geöffnet und ab 1980 wieder geschlossen. Die Grenze blieb eine problematische Grenze.

Karl Schlögel - vielen von seiner Lehrtätigkeit an der Viadrina bekannt - hat einmal versucht, dieses Verhältnis zu deuten. Ich darf zitieren:

„Für die Deutschen, die ihre Heimat an der Oder verloren hatten, war die Grenze der Name für gewaltsamen Abschied und Verlust von Unersetzlichem. Für die Polen, die ihre Heimat jenseits des Bugs verloren hatten und in den Westen verpflanzt worden waren, war Oder-Neiße der Name einer neuen Heimat in einem fremden Land. Die Oder-Neiße-Grenze ist der Name für eine Doppelgeschichte, die noch lange nicht zu Ende erzählt ist.“

Ich glaube, Schlögel hat Recht. Die Doppelgeschichte, von der er schreibt, ist die Geschichte unserer gemeinsamen Region auf beiden Seiten von Oder und Neiße. Diese Geschichte haben Polen und Deutsche 60 Jahre lang unterschiedlich erlebt. Es gab die historische Feindschaft zweier Nationen, die Verbrechen, die Deutsche Polen angetan haben, die daraus resultierende tiefe Verbitterung, mit der viele Polen den Deutschen